

## **Wortbeitrag zum Masterplan Klimaschutz der Stadt Heilbronn in der Gemeinderatssitzung am 17.05.2021 \***

„Ein unbegrenztes Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel stünde aber nicht im Einklang mit dem Grundgesetz. Dem steht neben dem grundrechtlichen Schutzpflichten vor allem das Klimaschutzgebot des Art. 20a GG entgegen, welches die Gesetzgebung durch das Ziel konkretisiert hat, die Erwärmung der Erde auf deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen“, so der Beschluss des BVerfG vom 24.03.2021.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass der Klimawandel zu den größten Herausforderungen unserer Zeit zählt, dürfte auch aus kommunaler Sicht unstrittig sein. Seine Auswirkungen sind heute schon spürbar, aber vor allem nachfolgende Generationen werden darunter leiden, wenn wir heute nicht handeln. Diese Menschheitsherausforderung dürfen wir nicht ignorieren.

Wir müssen darum die Herausforderung als Chance begreifen, zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ein globales Problem als Weltgemeinschaft gemeinsam lösen zu können. Denn während beispielsweise 24 % der Emissionen von China emittiert werden, entfallen auf Deutschland gerade 2%. Und gerade in den ärmeren Ländern wird Klimaschutz nur möglich sein, wenn die Regierungen das Versprechen eines steigenden materiellen Lebensstandards nicht aufgeben. Dazu wird es erheblicher Innovationen bedürfen.

Das Vertrauen auf das ökonomische Kalkül entfaltet dabei eine weitaus größere Wirkung als alle Versuche, die Menschen durch Moralisierung, Belehrungen, Ächtungen oder Drohungen zu Veränderungen ihres Verhaltens mit Blick auf den Klimaschutz zu bewegen. Denn unbestritten ist das erfolgreichste und effektivste Modell für den Klimaschutz der Handel mit Emissionszertifikaten, der aktuell für die Energiebranche sowie für Teile der Industrie und der Luftfahrt gilt und nach unserer Überzeugung zügig, weil wirkungsmächtiger als jede CO<sub>2</sub>-Steuer, auf andere Bereiche ausgeweitet werden sollte.

Das BVerfG führt in seinem eingangs zitierten Beschluss auch aus, dass „die notwendigen Freiheitsbeschränkungen der Zukunft bereits in Großzügigkeiten des gegenwärtigen Klimaschutzes angelegt“ sind. Und weiter: „Maßnahmen, die gegenwärtig unterbleiben, um die Freiheit aktuell zu verschonen, müssen in Zukunft unter möglicherweise noch ungünstigeren Bedingungen ergriffen werden.“ Zitat ende.

Bei aller Notwendigkeit zu handeln, verkennt das Gericht nach meiner persönlichen Auffassung, dass gerade und in erster Linie Innovation und technische Verbesserungen in den letzten Jahren und bereits heute zu einer spürbaren Reduktion der Emissionen beigetragen haben und auch in Zukunft weiter beitragen werden. So führte jüngst auch Gerald Braunberger in einem Artikel „Klima und Marktwirtschaft“ in der FAZ vom 15.05.2021 aus: Die Skepsis, dass Innovation und

Forschung bei der Bewältigung dieser Herausforderung dienlich ist, wird aus jener Phantasielosigkeit gegenüber Erfindergeist und wirtschaftlicher Dynamik gespeist, die auch das eingangs zitierte Urteil des BVerfG zum Klimaschutz durchdringt. Die Richter verdonnern Deutschland dazu, schon heute festzulegen, in welchem Industriebereich in zwanzig Jahren wieviel CO<sub>2</sub> eingespart wird. Das Denken in den Kategorien regionaler, langfristiger Planerfüllung verweigert sich bei allem berechtigten Klimaschutzehrgeiz der Vorstellung, dass die Einsparung der schädlichen Klimagase in zehn oder zwanzig Jahren viel einfacher und billiger sein könnte – dank heute noch unbekannter oder gerader erst zu erahnender Technik.

Denn neben der unzweifelhaften Klimakrise, die, und auch das möchte ich an dieser Stelle erwähnen, durch die FFF-Bewegung mit unbestreitbarem Erfolg auf die öffentliche Agenda gesetzt wurde, dürfen wir die ökonomische Nachhaltigkeit nicht außer Acht lassen.

Denn keineswegs ist alles, was mit dem Etikett Klimaschutz versehen wird, am Ende sinnvoll und nachhaltig. Das Beispiel der Windenergie dort, wo die Windhöufigkeit nicht ausreichend wirtschaftlich vorhanden ist, ist erwähnt worden.

1.362 Volllaststunden in Baden-Württemberg, bei einem Durchschnitt von 1.801h in Deutschland und beispielsweise über 4.500h im Offshore-Bereich zeigen, wo Windenergie am sinnvollsten ist. Viel zu häufig werden Anlagen nur aufgrund einer Förderkulisse gebaut, die die Allgemeinheit über Gebühr belastet. Teure Studien helfen da auch selten weiter.

Insoweit regen wir an, den gemeinsamen Antrag von CDU, Freie Demokraten und Freie Wähler entsprechend Ihrem Vorschlag, Herr Oberbürgermeister, im Rahmen der weiteren Beratungen zu prüfen. Insbesondere, und losgelöst von unserem Antrag, erscheint die Einrichtung eines Klimafonds sinnvoll, auch um beispielsweise Einzahlungen aus der Bürgerschaft zu ermöglichen, die, ähnlich wie bei Atmosfair, auf freiwilliger Basis Kompensationszahlungen des eigenen CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks z.B. nach Flugreisen entrichten. So könnte das Geld aus der Region dann auch hier in Heilbronn für klimaschützende Projekte eingesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, niemandem, und erst recht nicht dem globalen Klima ist gedient, wenn wir beispielsweise den Energiepreis dirigistisch verteuern und dadurch Industrien aus Deutschland in ärmere Länder mit niedrigeren ökologischen Standards vertreiben.

Und selbstverständlich, Klimapolitik fängt vor der Haustüre an. Deshalb ist es wichtig und notwendig, abseits der Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene auch vor Ort aktiv zu werden.

Das vorliegende Maßnahmenpaket überzeugt in den wesentlichen Zügen. Neben einem nachhaltigen Gebäudemanagement, getrimmt auf wirtschaftliche Energieeffizienz, Photovoltaik, dort wo effektiv und sinnvoll, ist es nach unserer Überzeugung auch geboten nicht nur angesichts der unübersichtlichen Flut an Förderprogrammen die Energieagentur zu stärken.

Wichtig erscheint uns auch, alle Menschen auf dem Weg zur klimafokussierten Stadt mitzunehmen, gerade bei jungen Menschen, bei Schülerinnen und Schüler die

Sensibilität für diese Thema zu wecken und die Begeisterung für die darin verankerten Chancen für den Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken zu entfesseln. Das fängt bei der Wertschätzung von Lebensmittel an; nicht umsonst hat eine Studie der Hochschule Heilbronn herausgefunden, dass es gerade junge Menschen sind, die Lebensmittel – nomen est omen; Mittel zum Leben – zu oft und zu leichtfertig wegschmeißen. Umwelt- und Klimaschutz beginnt eben bereits im Kleinen, dazu gehört beispielsweise auch das achtlose Wegwerfen von Müll.

Für uns ist Klimaschutz das Ziel. Und Innovation der Weg. Damit wir diesen Weg erfolgreich gehen können, brauchen wir aber auch den Mut, auch in der Politik vernünftig und nachhaltig neu zu denken. Einen ersten Schritt machen wir mit der Verabschiedung des Masterplans heute.“

\* Verschriftlichte Fassung des Manuskripts. Es gilt des gesprochene Wort.